Telefónica-Aktie steigt, Deutsche Wirtschaft schrumpft, Höhere Abgaben für Gutverdiener

Telefónica-Aktie steigt

Am Mittwoch (06.09.2023) hat eine Beteiligung von Saudi Telecom (STC) die Papiere der Spanier angetrieben. Am Vormittag stieg der Kurs in Madrid um 1,9 Prozent auf 3,82 Euro. Der spanische Leitindex Ibex 35 gab um 0,5 Prozent nach. STC-Titel büßten dagegen an der Börse Riad rund 2 Prozent ein. Saudi Telecom beteiligt sich mit fast 10 Prozent für etwa 2,1 Milliarden Euro an Telefónica. Telefónica ist ein spanischer Telekomanbieter, der vor allem in Europa und Lateinamerika agiert. In Spanien sowie im lateinamerikanischen Raum ist das Unternehmen Marktführer. In Deutschland ist es nach der Deutschen Telekom die Nummer zwei. Mehr dazu hier. (Manager Magazin)

Deutsche Wirtschaft schrumpft

Nach Einschätzung des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW) haben sich die Aussichten für die deutsche Wirtschaft eingetrübt. In ihrer Herbstprognose erwarten die Kieler einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent und revidieren damit die Sommerprognose (-0,3 Prozent) nach unten. Gründe seien vor allem eine schwache Industriekonjunktur, die Krise in der Bauwirtschaft sowie sinkende Konsumausgaben, so das IfW am Mittwoch (06.09.2023). Auf für 2024 rechnet das IfW mittlerweile nur noch mit einem Plus beim Bruttoinlandsprodukt von 1,3 Prozent (bisher 1,8 Prozent). Die Ökonomen erwarten, dass sich die Inflation im kommenden Jahr deutlich verringern und 2024 sowie 2025 2,1 (!) betragen wird. (Welt Online)

Höhere Abgaben für Gutverdiener

Die Bundesregierung plant höhere Abgaben für Gutverdiener, um den Sozialversicherungen höhere Einnahmen zu bescheren. In der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung soll die Grenze im Westen von bislang 7300 Euro auf 7550 Euro steigen. In Ostdeutschland soll sie von derzeit 7100 Euro auf 7450 Euro klettern. Auch in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung soll die Grenze dem Entwurf zufolge deutlich ansteigen. Auch die sogenannte Versicherungspflichtgrenze, ab der sich Arbeitnehmer auf Wunsch privat versichern können, soll angehoben werden – von bisher 66.000 auf 69.300 Euro. Der Verordnungsentwurf ist aber noch nicht offiziell, sondern muss von der Bundesregierung abgestimmt werden. Mehr dazu hier. (Spiegel Online)